

STEUERHINTERZIEHUNG:

Was heißt hier gerecht?

Ein 27-jähriger Franzose bringt Licht ins Dunkel der Steuerflucht. Jährlich entgingen den Staaten mehr als 100 Milliarden Euro. Sein Vorschlag: Oasen wie die Schweiz und Luxemburg endlich trockenlegen. von Uwe Jean Heuser

DIE ZEIT N° 28/201419. Juli 2014 15:18 Uhr 39 Kommentare

schließen

PDF

Speichern

Mailen

Drucken

Twitter

Facebook

Google +

Ein Gedankenexperiment im Hollywoodstil: Gigantische Hubschrauber reißen Luxemburg genau an seinen Grenzen aus Europa heraus und fliegen es nach Süden, wo sie das kleine Land mitten in der Sahara wieder herunterlassen. Dort fügt es sich gleich ein, als Oase inmitten der unendlichen Dünen.

Gabriel Zucman würde das so entstandene Loch in Europa vermutlich leicht verschmerzen. Dafür wäre Luxemburg für ihn richtig platziert. Geht es nach dem französischen Wirtschaftsforscher, ist das Großherzogtum eine Steueroase, die Reichen die Flucht vor dem Fiskus erleichtert und Gegenmaßnahmen verzögert hat. Er denkt deshalb laut darüber nach, Luxemburg der EU zu verweisen.

Aber Moment, fast drei Jahrzehnte hat Jean-Claude Juncker als luxemburgischer Finanzminister und Premier die EU mitgelenkt. Jetzt soll er als Chef der Brüsseler Kommission sogar der europäische Präsident werden. Ja, sagt Zucman, das sei eine "große Enttäuschung" und könne für die Union problematisch werden. Um zu verstehen, warum ein Nachwuchsforscher den Mund derart voll nimmt und sich mit den Mächtigen anlegt, muss man die Steuerflucht näher beleuchten – und das Phänomen Zucman selbst.

Der 27-jährige Franzose forscht im kalifornischen Berkeley und lehrt bald an der London School of Economics – ein Jungstar seines Fachs also. Vor allem aber ist er Teil eines Projekts. Sein Doktorvater, der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty, beherrscht gerade mit der Idee von der unweigerlich wachsenden Ungleichheit die Debatte. Doch mit einem Bestseller soll es nicht getan sein, wie spätestens jetzt klar wird. Piketty und seine Mitstreiter bringen Licht ins Dunkel der Verteilung, damit die Staaten an den richtigen Stellen zugreifen können. "Wir wollen über das Steuersystem des 21. Jahrhunderts nachdenken", sagt Zucman mit dem Selbstbewusstsein, das auch seinen Mentor auszeichnet. Er erkennt jetzt eine historische Chance: "Mit der Finanzkrise ist Bewegung ins Zentrum der Wirtschaftswissenschaft gekommen."

Wie der Meister hat auch der Schüler zu Hause in Frankreich ein leicht verständliches Buch über seine Forschung veröffentlicht. Piketty nannte seinen Wälzer frei nach Karl Marx Das Kapital im 21. Jahrhundert, Zucman folgt mit *La Richesse cachée des nations. Enquête sur les paradis fiscaux* auf den Spuren Adam Smiths. Mitte Juli bringt Suhrkamp das Buch unter dem Titel *Steueroasen* auch auf Deutsch heraus. Nach Piketty-Manier hat der Schüler erst einmal akribisch Daten gesammelt und sie mit geschickten Rechenmanövern zu einem Bild der Steuerflucht verknüpft. Diese Untersuchung mischt er mit historischen Studien und kommentierenden Einlagen.

Gabriel Zucman erzählt auf diese Weise eine spannende Geschichte: Schon als europäische Staaten vor rund hundert Jahren die Einkommen stärker besteuerten, begann die Fluchtbewegung, und Länder wie die Schweiz entdeckten das Geschäftsmodell der Steueroase. Seither haben die großen Länder nur halbherzige Anläufe genommen, um den Fluchthelfern das Handwerk zu legen. Die gaben sich zwar gesprächsbereit, aber alle Versprechen, nun ehrlich zu sein, erwiesen sich als leer. Es war bei ihnen wie bei vielen ihrer Kunden aus Deutschland oder Frankreich: Die Gier war größer als die Angst.

Zucman berichtet, wie in den 1970er Jahren schon fünf Prozent des gesamten Finanzvermögens aus Europa auf Schweizer Depots zu finden waren. Im Jahrzehnt darauf wanderte die Vermögensverwaltung vom Finanzzentrum London auch auf britische Kanalinseln, nach Hongkong und Singapur, auf die Bahamas und nicht zuletzt ins beschauliche Luxemburg.

Mit jedem Versuch, das Bankgeheimnis aufzuweichen und die Steuerflucht einzudämmen, wurden die Banker findiger. Als das Ende des Nummernkontos drohte, gründeten sie für ihre Kunden Briefkastenfirmen auf schönen Inseln. Und als die EU-Länder vereinbarten, sich gegenseitig auf Anfrage über fremde Anleger zu informieren, wurden viele Vermögen nach Fernost transferiert. Dann kamen Quellensteuern auf, doch mit steuerfreien Fonds in Luxemburg konnte man ihnen entgehen. Nicht dass die Oasen sich dabei gegenseitig viel Konkurrenz machten, vielmehr spezialisierten sie sich und fanden alle eine lukrative Rolle im globalen Spiel.

2009 verkündeten die 20 führenden Staaten der Welt schließlich das Ende des Bankgeheimnisses. Bedeutete dies beispielsweise das Ende der Schweiz als Oase? Nicht so ganz, seither sind die dortigen Auslandsvermögen laut Zucman um 14 Prozent gewachsen. Wer nun glaubt, das sei legales Geld, wird wiederum enttäuscht. Der Großteil der in der Schweiz und anderswo gelagerten Vermögen wird in den Statistiken zu Hause nicht mehr geführt und also auch nicht deklariert.

Vier Fünftel sind das, so schätzt der Steuerdetektiv Zucman – zum allergrößten Teil aus Europa und Amerika. Folgt man ihm, sind heute weltweit knapp sechs Billionen Euro auf der Flucht, was die Staaten im Jahr rund 130 Milliarden Euro an Steuereinnahmen kostet. Bargeld im Tresor, Yachten, Chalets

und Kunstwerke in fernen Ländern seien dabei nicht mitgerechnet, sagt Zucman. Und indem er das sagt, zeigt er: Er weiß nicht nur Zahlen zu präsentieren, sondern bei seinen Zuhörern auch die gewünschten Vorstellungen zu wecken.

Die Daten darüber, wie viel Vermögen die Reichen wirklich haben und was sie davon verstecken, sollen den Vorhang wegreißen vom versteckten Treiben der Oasen. Und die historischen Beschreibungen sollen den Willen zum Handeln weiter fördern. Während die Amerikaner wenigstens Schweizer Banken mit handfesten Drohungen zu Zugeständnissen gezwungen haben, hat es Europa laut Zucman nur auf die nette Tour versucht. Die kann aber nicht funktionieren, wenn seine historische Lehre stimmt: Es geht nur mit handfesten Daten und noch handfesteren Drohungen.

Aber ist nicht zuletzt viel geschehen? Bald müssen selbst Österreich und Luxemburg mit den anderen Staaten in der EU die Daten austauschen. Vielleicht gibt es sogar eine gemeinsame Liste der Schattenfirmen. Uli Hoeneß sitzt im Gefängnis, Alice Schwarzers Ruf ist angekratzt. Deutsche Behörden haben Steuer-CDs gekauft und Steuerbetrüger solch einen Schrecken versetzt, dass viele versuchen, das Amnestieangebot zu nutzen und ehrlich zu werden.

Im Gespräch gibt Gabriel Zucman gerne zu, dass der Druck auf die kleinen Millionäre gestiegen sei. Aber die jüngsten Daten zeigten, dass der Strom von Fluchtgeld noch anschwellen. Warum? Weil bei den Ultrareichen, die 30 Millionen Euro und mehr besäßen, das Geschäft mit der Steuerflucht florieren. Scheinfirmen, neue Inseln, Fonds im Fonds – die besten Banker finden immer einen Weg, damit die Kunden behaupten können, das Vermögen sei nicht unter ihrer Kontrolle.

"Es ist eine Illusion, zu glauben, dass diejenigen, die davon profitieren, es mit der Zusammenarbeit ernst meinen", sagt Zucman. Dann wird die Stimme um eine Nuance lauter: "Wir müssen das Verhältnis von Kosten und Nutzen nachhaltig verändern. Wir brauchen glasklare Drohungen für die Länder, die nicht kooperieren."

Geht es um drastische staatliche Maßnahmen, ist Zucman genauso sorgenlos wie sein Doktorvater Thomas Piketty, der weltweit eine Vermögensteuer von bis zu zehn Prozent für die Superreichen durchsetzen will. Es geht nur weltweit, das glaubt auch der Schüler. Deshalb ist der erste Pfeiler seines Zwangssystems ein globales Register aller Wertpapiere, auf das die einzelnen Länder zugreifen können.

Der zweite Pfeiler sind die angedrohten Strafen, bei denen Zucman sich auch nicht zurückhält. Die Industrieländer sollen die Exporte von Oasen mit so hohen Zöllen belegen, dass sie den Sündern die Rechnung verderben. 30 Prozent Zoll für die Schweiz, und die Sache sei erledigt, hat er errechnet.

Wenn diese Pfeiler einmal stehen, lässt sich nach der Pariser Logik auch Pikettys weltumspannende Vermögensteuer durchsetzen. Die Staaten hätten dann weniger Schulden am Hals, der Gerechtigkeit wäre Genüge getan. Mit derselben Logik will Zucman den multinationalen Konzernen beikommen, die ihre Leistungen heute oft so verrechnen, dass die Gewinne in Niedrigsteuerländern wie Irland anfallen. Auch deren Profite sollen global besteuert werden, und Länder, in denen Konzerne viel verkaufen und viele Menschen beschäftigen, erhalten einen entsprechend hohen Anteil vom Steueraufkommen.

Die neuen Pariser Wilden meinen es ernst. Sie würden Handelskriege anzetteln, damit die Reichen ihren Anteil fürs Gemeinwesen leisten. Ungleichheit gehöre ins Zentrum der Forschung, sagt Zucman. "Das ist wichtig für die Gesellschaft und für den Berufsstand der Ökonomen. Wir dürfen uns nicht mit einer Wirtschaftswissenschaft begnügen, die ausblendet, wie der Wohlstand verteilt ist. Wir brauchen eine Vision." Und mit dieser Haltung stünden die Franzosen keineswegs allein da. "Auch in Großbritannien und Amerika ist die Bewegung stark."

Tatsächlich ist Zucman Teil einer Gruppe junger Ökonomen, die genug davon haben, dass, wie sie es sehen, Konzerne und reiche Privatleute die Staaten in Steuersenkungswettläufe zwingen. Die es erzürnt, dass es für findige Vermögende fast schon Routine ist, eine Scheinfirma auf einer fernen Insel zu gründen, für diese dann ein Konto in der Schweiz zu eröffnen und sich auf diese Weise fast jeder Verfolgung zu entziehen.

Zornig sind die Jungforscher eben auch auf Luxemburg und seinen langjährigen Regierungschef Juncker. Das Land habe jede Änderung blockiert, schreibt Zucman. "Steuerparadiese und zuvorderst Luxemburg sind die Ersten, die das Recht jedes Landes verteidigen, seine Steuern selbst zu wählen – sie sind auch die Ersten, die dieses Prinzip im Alltag mit Füßen treten."

Diesen Artikel finden Sie als Audiodatei im Premiumbereich unter www.zeit.de/audio

Zur Startseite